

ubhengstett  
de und Gönner zu  
en 16. Januar 1921  
en  
hnhachts-  
Feier  
us zum „R8hle“  
einzuladen.  
Der Vorstand.

u.  
16. Januar 1921  
eten gute, reelle  
ie  
16. Januar  
mit  
nor. Vorträgen  
cht ein  
enmann,  
Balbhorn“.

he-Verkauf  
ten Pforzheim.  
anas-Ausverkauf un-  
Wischgeschäfts als  
e für  
hel etc. aller Art.  
annar ab befindet sich  
auf  
alherberge,  
Treppe hoch.  
Verkauf wegen Um-

aufmerksam auf einen  
enhemden woll-  
u. Seelhofen,  
inden für Herren,  
Schlupfhosen für  
und Wolle.  
en von 50.— Mk. an  
bemerken ausdrücklich  
aufgezeigt wurden, son-  
stigen Preise gewöhnt wird.  
giglich geöffnet von  
m. von 3—6 Uhr.  
verkaufsbund  
Pforzheim.

dende  
ruchband  
Kinder, wie auch jedem  
erstellbar ist.  
hen in:  
enstag, den 18. Januar  
in Wildbad Hotel  
g, den 18. Jan., mittags  
eig Gasthaus „Grüner  
1. Januar, mittags von  
hämter Bänder, sowie mit  
neuesten Systemen, in allen  
n Gummi-, Hängeleib-  
rsfall- und Knäbänder-  
adehalter, Krampfadern-  
en zur Verfügung. Neben  
gzeitig streng diskret  
den stehen zur Verfügung.  
Spezial-Bandagen  
u. Orthopädie-Fabrik  
bergstr. 15/17. Tel. 516



Nr. 11. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.  
Verrechnungswiese: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf.  
Reklamen 2.— Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.  
Samstag, den 15. Januar 1921.  
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis  
Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Auskunft der deutschen Regierung über unsere Finanzwirtschaft.

Berlin, 15. Jan. Die Blätter veröffentlichen die deutsche Antwort auf die 41 Fragen, die die Entente in Brüssel den deutschen Sachverständigen vorgelegt hat. Zu den Fragen über die deutschen Papiergeldeausgaben führt die Antwort der deutschen Regierung u. a. aus, daß eine gewisse Hemmung des Anwachsendes des Papiergeldumschlages von der nunmehr nach Durchführung der Neuorganisation der Steuerbehörden in stärkerem Maß befindlichen Einziehung der neuen Steuern erhofft werde. Zur Frage der Steuereinnahmen erklärt die Antwort, daß begründete Hoffnung bestehe, daß die aus den neuen Steuern erwartete Summe eingehend werde. Ueber die Gesamteinnahmen aus Steuern und Abgaben heißt es, daß diese im Jahre 1918 4478 Millionen betragen haben und sich nach dem Vorschlag für 1920 auf 45 220 Millionen belaufen, jedoch wird in der Antwort erklärt, daß diese letztere Summe nicht hinreiche, um alle laufenden Ausgaben zu decken.

#### Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember.

Paris, 14. Jan. (Drabth. W.-B.) Havas meldet: Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember auf Grund des Spa-Protokolls beliefen sich auf 1 695 280 Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1 220 136, Italien 172 192, Belgien 266 685 und Luxemburg 35 656 Tonnen.

Nach dem Spa-Abkommen hat Deutschland monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen an die Entente zu liefern. Dieses Soll wurde im Dezember wegen Transportschwierigkeiten nicht erfüllt. Das neue Programm, über das wir bereits berichteten, das aber von Deutschland als undurchführbar abgelehnt wird, sieht für Februar und März je 2 200 000 Tonnen Kohlenlieferungen vor, für die wieder die Prämienzahlung von 5 Goldmark an Deutschland gelten soll, noch die Vorschriften, die nach dem Spa-Protokoll vom August 1920 bis Januar 1921 zu zahlen waren. Zum Ausgleich des Lieferungsdefizits gegenüber den Vorschriften des Spa-Protokolls soll Deutschland sich verpflichten, Ergänzungslieferungen mit Vorzug in Höhe von monatlich 250 000 Tonnen auszuführen.

#### Zur französischen Kabinettskrisis.

Paris, 15. Jan. Wie das „Journal des Debats“ meldet, hat Peret sofort nachdem er dem Präsidenten seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, die Kabinettsbildung zu übernehmen, ausgesprochen hatte, die Verhandlungen mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten begonnen. Zunächst hatte er eine lange Unterredung mit Poincaré. Ferner unterhielt er sich mit Briand, der ihm erklärt haben soll, er sei bereit, das Portefeuille des Außenministers zu übernehmen. Außerdem besprach sich Peret mit Viviani.

#### Keine Verschiebung der Alliiertenkonferenz.

Paris, 15. Jan. Nach einer Havas-Meldung soll nicht beabsichtigt sein, die Interalliierte Konferenz zu verschieben, da man damit rechne, daß heute die Kabinettsbildung beendet sein werde.

#### Eine eigentümliche Forderung Italiens an Südschweden.

Belgrad, 15. Jan. In parlamentarischen Kreisen wird die hier angelangte Note der italienischen Regierung, in der verlangt wird, daß die Durchführung des Vertrags von Rapallo bis Mai verschoben wird, lebhaft kommentiert. Es ist nicht bekannt, ob die Regierung die Forderung Italiens erfüllen wird. — Das würde in der Praxis nichts anderes bedeuten, als daß die Italiener „vorläufig“ aus den von ihnen besetzten Gebieten auf dem östlichen Adriaküsten nicht herauszögen.

#### Die Griechen in Kleinasien.

Athen, 14. Jan. Der Generalstabsbericht vom 11. und 12. Januar verzeichnet ein weiteres Vorrücken der griechischen Truppen, insbesondere östlich der Bagdadbahn. Der Feind zieht sich gegen Süden und Osten zurück, wo er seine verfügbaren Kräfte sammelt.

#### Günstiger Fortgang der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Moskau, 14. Jan. Entgegen den Gerüchten, die besonders in den baltischen Staaten verbreitet sind, verfolgt man den Gang der Friedensverhandlungen in Warschau mit Zuversicht. Der Abschluß des Friedens wird für die zweite Hälfte des Monats Januar erwartet.

#### Bedrohung der englischen Truppen in Südarabien.

Paris, 13. Jan. Havas meldet aus Rairo, daß nach Berichten aus Hodeida der Zmar Jahia die Ortschaft Haggil genommen hat und im schnellen Vorgehen gegen Adfil und Bataai. Die Lage ist kritisch, da Hodeida, wo sich eine englisch-indische Truppenabteilung befindet, jeden Augenblick bedroht werden könne.

#### Persisch-bolschewistische Verständigung.

Paris, 14. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Teheran veröffentlichten die persischen Blätter den Text eines persisch-russischen Abkommens, wonach die Sowjetregierung alle ihre Vorrechte und Rechte in Persien an die Teheraner Regierung abtritt. — Das wird der Entente nicht sehr gefallen.

#### Ausland.

##### Fortdauer des Wiener Poststreiks.

Wien, 15. Jan. Während der Poststreik seitens der Mitglieder der Gewerkschaften andauert, wurde, wie die gestrigen Abendblätter melden, der Dienst durch arbeitswillige Postbeamte im Hauptpostamt und auf einigen Bahnhöfen unter dem Schutz der Polizei teilweise aufrecht erhalten.

##### Besuch bei den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Paris, 14. Jan. Mit Genehmigung der französischen Regierung haben Pastor Horstel aus Worgenich auf Wiesbad und Professor Dr. Polrath aus Paderborn den noch in Frankreich zurückgebliebenen 187 deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Avignon, Cuers und Agay im Auftrag der deutschen Regierung einen fünftägigen Besuch abgestattet. Die französischen Behörden zeigten den beiden Geistlichen größtes Entgegenkommen. Es kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß sich die Stimmung in den letzten Monaten gebessert hat.

##### Verbot der radikalen Arbeiterorganisation in Frankreich.

Paris, 14. Jan. Die „C. G. T.“ veröffentlicht eine Kundgebung, in der sie gegen das Urteil, das ihre Auflösung verfügt, protestiert. Sie erklärt, die Arbeiter würden nicht dulden, daß die Arbeiterbewegung unterdrückt würde. — Die Presse nimmt im allgemeinen die durch das Urteil geschaffene Lage gar nicht so tragisch. Das „Echo de Paris“ meint, daß es sich vielmehr um ein prinzipielles Urteil handele. Man solle sich aber keine falsche Vorstellung von den praktischen Folgen dieser Entscheidung machen. Immerhin bedeute sie einen ersten Schlag für die Moral der Rechtsprechung.

Paris, 14. Jan. Der leitende Ausschuss der sozialistischen Partei (Kommunisten) hat gegen die Auflösung der C. G. T. einen Protest veröffentlicht, worin er alle Arbeiter zum Eintritt in die Partei auferfordert, damit die Einführung des Kommunismus beschleunigt werde.

#### Deutschland.

##### Protest der deutschen Regierung gegen das Verbot der Reichsgründungsfeier im besetzten Gebiet.

Berlin, 14. Jan. Nachdem der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete davon Kenntnis erhalten hatte, daß in der französischen Zone jede öffentliche Feier des Gedentages der Reichsgründung am 18. Januar verboten sei, hat er mündlich und schriftlich bei der Interalliierten Rheinlandskommission Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß das Bemühen vergeblich sein werde, den geistigen Zusammenhalt in vaterländischen Fragen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu unterbinden.

##### Der Reichswehrminister über die polnischen Truppenansammlungen.

Berlin, 14. Jan. Bei einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ sprach Reichswehrminister Seeke von den polnischen Truppenansammlungen an der oberschlesischen Grenze und sagte: Meiner Kenntnis nach sind an der oberschlesischen Grenze 10—11 Divisionen, ungefähr 140 000 Mann regulärer polnischer Truppen neben circa 50 000 irregulären, die der Polska-Organisation Wozskow, der polnischen Kriegsorganisation, angehören und ebenfalls in Divisionen gegliedert sind, zusammengezogen. Ich betrachte die Lage als ernst und bringe ihre gespannteste Aufmerksamkeit entgegen. Für normale Verhältnisse mag die Zahl der uns zugestandenen Truppen ausreichen, unzureichend ist sie jedoch, schloß der Minister, unter so abnormen Verhältnissen wie den heutigen.

##### Der Reichswehrminister über unser Heer.

Berlin, 14. Jan. In einer Unterredung des Reichswehrministers mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ hob der Minister hervor, daß jetzt sämtliche Heeresentlassungen durchgeführt seien. Wir hätten sogar einen Gehaltbetrag von ungefähr 10 000 Mann. Das liege besonders daran, daß die Heeresgesehe im Reichstag noch nicht verabschiedet werden konnten. Statt 96 000 Mannschaften hätten wir augenblicklich nur ungefähr 86 000. Was für ihn, den Minister, die Hauptsache bedeute, sei die ständige Zählungnahme und Aussprache mit den militärischen Führern. Und hier könne er auf Grund seiner Be-

obachtungen auf zahlreichen Reisen und Inspektionen versichern, daß diese mit ihm für eine absolute Durchführung des Versailleser Vertrags seien, nicht etwa weil man den Vertrag für gerecht halte, sondern weil man der Ansicht sei, daß uns dieser Weg vor weiteren Erschütterungen und Demütigungen schütze. In der Hauptsache hätten wir nunmehr alle militärischen Verpflichtungen aus dem Versailleser Vertrag erfüllt. Schließlich sprach der Reichswehrminister von den polnischen Truppenansammlungen an der oberschlesischen Grenze und sagte: Für normale Verhältnisse mag die Zahl der uns zugestandenen Truppen ausreichen, unzureichend ist sie jedoch unter so abnormen Verhältnissen wie den heutigen.

##### Der Streit um die Reichsfarben.

Berlin, 15. Jan. Zu dem von der Deutschen Volkspartei angeregten Volksentscheid über die Reichsfarben erklärte das „Berliner Tageblatt“, daß ihrerseits in den letzten Tagen zwischen führenden Abgeordneten der demokratischen Partei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei Besprechungen über diese Frage stattgefunden haben. Nach Ansicht des Blattes ist die Einführung der schwarz-rot-goldenen Fahne als ganz überflüssige Erschwerung des republikanischen Aufbaus anzusehen. Die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne sei vom republikanischen Standpunkt aus nur als sehr vernünftig zu bezeichnen.

Im Gegensatz dazu bezeichnet der „Vorwärts“ das Vorgehen der Deutschen Volkspartei als einen Vorstoß gegen die Republik. Man wolle das monarchistische Banner wieder aufpflanzen in der Meinung, wenn der Mantel wieder da sei, auch der Herzog folgen müsse.

##### Gothein aus Oberschlesien ausgewiesen.

Breslau, 14. Jan. Der frühere Reichsstaatsminister und Reichstagsabgeordneter Gothein ist, nachdem die Interalliierte Kommission seine Vorträge zweimal verboten hatte, jetzt aus Oberschlesien ausgewiesen worden.

##### Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Reichsbeamten.

Berlin, 15. Jan. (Amtlich.) Das Kabinett beriet gestern Abend über die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reichs, nachdem im Laufe des Tages Besprechungen mit Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter beim Reichszentralrat stattgefunden hatten. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Regierungsparteien teil. Man einigte sich schließlich auf folgende Regelung, für die auch die Zustimmung des Reichstags zu erwarten ist: Für die Reichsbeamten sollen die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag erhöht werden in Ortsklasse A auf 70 Prozent, in Ortsklasse B auf 67 Prozent, in Ortsklasse C auf 65 Prozent, in Ortsklasse D auf 60 Prozent, in Ortsklasse E auf 55 Prozent. Für die Reichsarbeiter sollen die Teuerungszuschläge für die Stunde erhöht werden in Ortsklasse A um 0,60, in Ortsklasse B um 0,50, in Ortsklasse C um 0,40, in Ortsklasse D um 0,30 und in Ortsklasse E um 0,20 Mark. Die entsprechende Gesetzesvorlage wird den gesetzgebenden Körperschaften sofort zugehen.

Berlin, 15. Jan. Ueber die gestrigen Besprechungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen der Beamten teilen die Blätter noch mit, daß die Frage des Preisabbaus eingehend besprochen worden ist. Von den Beamten wurde besonders über die schlechte Kartoffelversorgung Klage geführt. Es soll darüber in weiteren Konferenzen Klarheit geschaffen werden. Wie die Blätter hervorheben, hat jetzt auch unter den Eisenbahnbeamten anscheinend eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen. Es sei das Bestreben unverkennbar gewesen, einen friedlichen Ausgleich zu schaffen. Der Sechzehnerausschuss der Eisenbahner-Großorganisationen wird heute zu den neuen Vorschlägen der Regierung Stellung nehmen. Die beiden bisherigen Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter sind aus dem Sechzehnerausschuss ausgeschieden, da sie die veränderte Haltung des Ausschusses nicht glauben mitmachen zu können.

##### Die Resolution der Finanzminister zur Besoldungsfrage.

Berlin, 14. Jan. Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen über eine weltergreifende Erhöhung der Teuerungszuschläge geführt hat, beraten. Die Vertreter der Länder haben gegen die in diesen Verhandlungen getroffene Verabredung, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, ernste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zuzustimmen, dann geschieht dies unter folgenden Bedingungen: 1. Die durch die bisherige Verabredung veranlasste Mehrbelastung ist eine Obergrenze, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf. 2. Die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge im

Reich den Ländern und Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen. Diese Steuern und Einnahmen sind in dem gleichen Gesetz festzulegen, durch das die Ausgaben bewilligt werden. Bis zum Fliessen der neuen Einnahmen sind die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Steuerzuschläge erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu erstatten.

### Aus Stadt und Land. Vom Rathaus.

Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G. Hüner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins in Staatsangelegenheiten. Zur Geschäftsordnung stellte G. M. A. den Antrag, die Eingabe vorläufig nicht zu behandeln, da der Verein noch nicht rechtsfähig sei. Da dieser Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt wurde, so kam die Eingabe zur Erörterung. Die Eingabe enthält auf Grund eines geschichtlichen Rückblicks der Darlegung der heutigen Verhältnisse in bezug auf den Haus- und Grundbesitzersstand folgende Anträge an den Gemeinderat:

#### Grund- und Gebäudesteuern.

1. Wir bitten um möglichste Beschleunigung der Herausgabe des Steuerzettels für die Grund- und Gebäudesteuern.
2. Wir bitten, die Erhöhung der Steuern erst auf einen Zeitpunkt eintreten zu lassen, der es dem Hausbesitzer ermöglicht, diese Steuern wenigstens teilweise auf seine Mieter umzulegen. Sollte dies mit Rücksicht auf den zu erwartenden großen städtischen Abmangel nicht möglich sein, so bitten wir, auf das Mieteneinigungsamt in der Weise einzuwirken, daß
  - a) entweder die für 1920 zu zahlenden Steuern vom Mieter rückwirkend erhoben werden dürfen, oder daß
  - b) die ab 1. April n. J. eintretende Erhöhung der Mietpreise so bemessen wird, daß der Vermieter im Laufe des nächsten Jahres den Verlust für 1920 wieder einholen kann.

Ein Entgegenkommen gegenüber den Hausbesitzern in der einen oder anderen Weise ist unbedingt notwendig. Wenn der Hausbesitzer, seinen Mietern gegenüber durch Vertrag gebunden, die Steuern nicht rückwirkend umlegen kann, so würde es für das Volksempfinden unverständlich sein, wenn die Stadtverwaltung ihrerseits rückwirkend erhöhte Steuern erhebt. Ein Ausgleich in einen oder anderen Sinne ist möglich und wir vertrauen in den Gemeinderat, daß er einen Ausgleich finden wird.

#### Höhe der Wohnungsmieten.

Die bisherigen Wohnungsmieten sind nicht nur außerordentlich nieder, sondern auch in der Höhe für Wohnungen gleicher Güte sehr verschieden.

Als Durchschnittssätze gelten bei Streitigkeiten vor dem Mieteneinigungsamt bisher etwa folgende Normen:

Für die Zimmereinheit, Nebenträume und Zubehörten inbe-griffen: Geringe Wohnungen, für das Zimmer	120 M
Mittlere " " " " " "	150 M
Bessere " " " " " "	200 M u. mehr

Wir bitten den Gemeinderat, in seiner Eigenschaft als Behörde, die mit den hiesigen Verhältnissen und ihrer Auswirkung auf alle Schichten der Bevölkerung aufs innigste vertraut ist, diese Durchschnittssätze zu erhöhen und vorerst für ein Jahr neu festzusetzen. Als neue, den hiesigen Verhältnissen einigermaßen entsprechende Mindestsätze erlauben wir uns, vorzuschlagen:

Für die Zimmereinheit, Nebenträume und Zubehörten inbe-griffen: Geringe Wohnungen, für das Zimmer	150 M
Mittlere " " " " " "	200 M
Bessere " " " " " "	250 M u. mehr

Dazu kämen noch Zuschläge: für die Lage der Wohnungen, sowie für besondere Bequemlichkeiten, die der Mieter genießt, aber nie schädigt, z. B. Badezimmer, Waschküche, Gartenanteil, außerdem: die Auslagen für Wasser, Abort- und Kamingebühren und die Grund- und Gebäudesteuer, umgelegt im Verhältnis zu dem vom Mieter benötigten Räume.

Mit diesem Antrag glauben wir, die Ansprüche der Hausbesitzer auf das Existenzminimum beschränkt zu haben. Die Annahme dieser Sätze würde eine Stabilität in der Bewertung der Wohnungen durch Vermieter und Mieter bringen, die bisher nicht vorhanden war. Heute weiß niemand mit Bestimmtheit zu sagen, was eine Wohnung tatsächlich wert ist.

Bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in jedem Hause sind, bei der durch die Gründung des Mietervereins in die Bevölkerung getragenen Bewegung, auch nach Neusetzung der Mindestsätze Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten nicht zu vermeiden. Wir bitten deshalb den Gemeinderat um

#### Auffstellung eines Ausschusses,

welcher auf Antrag einer Partei sowie in Streitfällen die Einreichung der Wohnungen in die verschiedenen Klassen, unter Berücksichtigung aller Lebensumstände, vorzunehmen hätte. Das „billige Ermessen“ des Mieteneinigungsamts bekäme dadurch eine Grundlage. Es ist ein Übel, daß heute das Mieteneinigungsamt mit einem Beisitzer der Mieter von Calw und einem Beisitzer für die Hausbesitzerinteressen von auswärtig nach „billigem Ermessen“ Entscheidungen fällt, gegen die es keine Berufung gibt. Für die Beurteilung Calwer Fälle müssen Calwer Beisitzer berufen, mindestens aber Calwer Grundlagen für die Bewertung geschaffen werden.

Wir schlagen vor, daß der zu bildende Ausschuss besteht: 1. aus einem sachkundigen Gemeinderat oder Bürger, oder ortskundigen städtischen Beamten als Unparteiischem, 2. einem Vertreter des Hausbesitzervereins, 3. einem Vertreter des Mietervereins, die beiden letzteren von ihren Organisationen gewählt. Der Spruch des Ausschusses würde die Grundlage für die Entscheidungen des Mieteneinigungsamtes in Streitfällen zu bilden haben.

### Amtliche Bekanntmachungen. Betreff.: Ausländisches Roggenmehl.

Gegen die Ausfuhrmarken I und II für die Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar 1921 können je 100 Gramm ausländisches Roggenmehl bezogen werden.

Die Abgabe von gewöhnlichem Brotmehl oder Brot gegen diese Ausfuhrmarken ist verboten.

Calw, den 14. Januar 1921.

Kommunallehrerband: Bögel, Amtmann.

Wir versprechen uns von einer Behandlung der Mietfragen auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage die Wiederherstellung des Friedens in unserer Stadt und eines auf Recht und Billigkeit beruhenden Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter. Wir bitten um wohlwollende Behandlung unserer Eingabe und Vorschläge, sowie Weitergabe der Beschlüsse an den Bezirksrat.

Der Vorsitzende äußerte sich zur der Eingabe folgendermaßen: Die Anträge des Hausbesitzervereins gehen in dreierlei Richtungen: 1. Sollte der Gemeinderat dafür sorgen, daß den Mietern die Möglichkeit geschaffen werde, die erhöhten Gemeindesteuern ab 1. April 1920 auf die Mieter abzuwälzen. 2. Sollte der Gemeinderat die Mietzinse normieren und 3. sollte er einen Ausschuss bestellen, welcher auf Ersuchen des Mieteneinigungsamts oder auf Antrag einer Partei die streitige Wohnung in einer der vorgeschlagenen drei Klassen auf Grund eines Augenscheins einzureihen hätte. Was zunächst die Aufstellung eines örtlichen Ausschusses anbelange, so habe sich auch der Bezirksrat schon mit dieser Frage befaßt und beschlossen: 1. Das Mieteneinigungsamt zu ersuchen, künftig vor der Entscheidung bei Mietzinsstreitigkeiten die hierfür gebildete örtliche Wohnungskommission gütlich zu hören. 2. Sämtliche Gemeinden aufzuordern, örtliche Kommissionen zu diesem Zweck zu bilden, welche aus dem Ortsvorsteher, einem Vertreter der Hausbesitzer und einem Vertreter der Mieter bestehen. In denjenigen Gemeinden, in welchen Hausbesitzervereine bzw. Mietervereine bestehen, sollen von diesen Vereinen geeignete Beisitzer zugezogen werden.

Etwaige Anosien sind nach den für das Bezirksmieteneinigungsamt bestehenden Grundrissen derjenigen Gemeinde aufzurechnen, in welcher die Streitigkeit sich abspielt. 4. Die Erklärung dieser Kommission ist lediglich ein Gutachten und es bleibt dem Bezirksmieteneinigungsamt nach wie vor die Entscheidung nach billigen Ermessen vorbehalten. Der Haus- und Grundbesitzerverein möchte den Aufgabekreis dieser Kommission weiter gefaßt wissen. Nicht nur auf Ersuchen des Mieteneinigungsamts, sondern auch auf Antrag der Parteien soll dieser Ausschuss seine Gutachterfähigkeit aufnehmen. Gegen diese Erweiterung der Zuständigkeit sei nichts einzuwenden. Im Gegenteil könnten dadurch manche Streitigkeiten noch ehe sie ans Mieteneinigungsamt gelangen, ihre Erledigung finden. Es werde deshalb dies wohl auch im Sinne des Mietervereins liegen. Er, der Vorsitzende, glaube deshalb, daß man sich über diesen Punkt der Eingabe werde rasch einigen können. Was das Gesuch des Hausbesitzervereins um Normierung der Wohnungsmieten anbelange, so werde hier eine Entscheidung nicht so ganz einfach sein. Der Hausbesitzerverein wünsche vom Gemeinderat die Aufstellung von Mindestmietzinsen für Wohnungen verschiedener Güte, so daß für die örtliche Sachverständigenkommission und damit auch für das Mieteneinigungsamt Unterlagen über die Höhe der Mieteträge gegeben wären. Die Festsetzung solcher Normalbeträge werde der Kommission die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr wesentlich erleichtern, sie aber auch in ihrer Freiheit beschränken. Auch im Bezirksrat habe man hierwegen verhandelt, einen dahingehenden Antrag aber abgelehnt. Aus verschiedenen Gründen. Die Erledigung von Mietzinsstreitigkeiten erhalte dadurch ein etwas starres, schematisches Gepräge. Es bestehe die Gefahr einer Gleichmacherei, die nicht im Sinne der Mieterschutzbestimmungen liege. Diese hätten vielmehr dem Mieteneinigungsamt als Verfahrensgrundsatz die Entscheidung nach billigem Ermessen mit auf den Weg gegeben. Größtmögliche Freiheit habe das Gesetz dem Mieteneinigungsamt geben wollen; „unter Berücksichtigung aller Umstände“, wie es in der amtlichen Begründung geheißen habe, solle das Mieteneinigungsamt seinen Spruch fällen. Es seien deshalb nicht nur die tatsächlichen Eigenschaften der Wohnung für die Bemessung des Mietzinses durch das Mieteneinigungsamt bestimmend, sondern auch persönliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen: so z. B. Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Mieter und Vermieter, Notlage, Einnahmen aus Untervermietung usw. Also gerade das Gegenteil von einer Normalisierung sei der Wille des Gesetzes, und insofern die Erfüllung der Bitte des Hausbesitzervereins nicht ganz unbedenklich. Diese Bedenken könnten aber fallen gelassen werden, wenn die Tätigkeit der Kommission ausdrücklich auf die sachliche Wertehinschätzung beschränkt und es ganz dem Mieteneinigungsamt überlassen werde, persönliche Verhältnisse überhaupt das, was das Gesetz unter „billigem Ermessen“ verstehe, beim Spruch zu berücksichtigen. Deshalb sei es ja nicht ausgeschlossen, daß von der Kommission zum Schluß noch darauf hingewiesen werde, daß bei seiner Einschätzung diese und jene besonderen Verhältnisse nicht berücksichtigt seien. Er habe den Antrag des Hausbesitzervereins der bestehenden Wohnungskommission vorgetragen. Diese habe es für zweckmäßig angesehen, die Wohnungen statt in 3, in 5 Klassen einzuteilen, und bringe nun folgende Sätze in Vorschlag, die künftig als Ortsüblich gelten sollen:

Ganz geringe Wohnungen für das Zimmer	120 M
Geringe Wohnungen	140 M
Wohnungen mittlerer Güte	180 M
bessere Wohnungen	220 M
und besonders schöne Wohnungen	260 M

Dazu kämen dann noch besondere Zuschläge für Wassergebühren für Abortreinigung, Kaminreinigung, für Badezimmer, Gartenanteile und andere ähnliche Vorteile. Die Kommission wäre die Anweisung zu erteilen, auf Ersuchen des Mieteneinigungsamts oder auf Antrag eines Mieters oder Vermieters in Tätigkeit zu treten, die Wohnung zu besichtigen und nach Anhörung von Mieter und Vermieter unter Berücksichtigung aller Vorzüge und Nachteile der Wohnung in eine der genannten Klassen einzureihen; eventl. auch für besondere der Einreichung nicht berücksichtigte Vorteile noch einen besonderen Zuschlag zu machen, wie auch die auf die Wohnungen entfallenden Anteile an Wasserzinsen, Abort- u. Kaminreinigungsgeldern hinzuzurechnen u. die ganze Veranschlagung der Wohnung auf Ersuchen schriftlich zu bestätigen. Für die Begutachtung werde die Erhebung einer Gebühr in Höhe von 5 M und für schriftliche Bestätigung eine solche von 1 M vorgeschlagen, welche vom Antragsteller zu entrichten sei. — Es wurde schließlich beschlossen, eine Kommission mit der Behandlung der Eingabe unter Zugiehung von je 3 Vertretern der Vermieter und Mieter zu betrauen. In die Kommission, der Stadtschultheiß G. Hüner als Vorsitzender angehören wird, wurden durch Zufall gewählt: Die G. M. A. C. O. z. z. Dreiß und Wagner.

Den Bericht über die Aussprache bezüglich der Eingabe müssen wir wegen Raummangels auf Montag verschieben.

#### Das fremde Mädchen festgesetzt.

(S. 2.) Stuttgart, 14. Jan. Nachdem die Öffentlichkeit, veranlaßt durch die Erörterungen in der Presse, den Fall des in Stuttgart angehaltenen fremden Mädchens aufgegriffen hat, gibt die Polizeidirektion das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens zur Feststellung der Persönlichkeit und Herkunft bekannt. Die Persönlichkeit der Fremden ist nunmehr festgestellt. Es handelt sich um das 25 Jahre alte katholische Dienstmädchen Bertha Weger aus Luzern, eine in Wangen im Allgäu beheimatete württ. Staatsangehörige. Die Weger, die zuletzt in Ulm in Stellung war, ist Hypochopathin. Sie war schon längere Zeit in Irrenanstalten untergebracht. Ihre Psyche ist seit der Kindheit befallen von einer Zwangsvorstellung zur Nachahmung von heidnischem Romadenkult. Durch eine ungewöhnliche Begabung hat sie es verstanden, ihre ganze Umgebung und all die zahlreichen Personen, die sich für sie interessierten und sich ihrer annahmen, bis zum heutigen Tage zu täuschen. Die Weger wird nunmehr dem Bürgerhospital zur Beobachtung ihres Geisteszustands zugeführt. — Es ist noch festzustellen, daß der Kaufmann Rudolf Formis, der die Erörterung in der Presse herbeiführte, schon seit 26. Dezember 1920 den Sachverhalt genau kannte und diesen seither absichtlich verschwiegen hat. Die beiden Personen, die das Mädchen am 18. September 1920 der Polizeidirektion in hilflosem Zustand übergeben haben, sind zwei Stuttgarter Versicherungsbeamte. — Die polizeilichen Nachforschungen und Maßnahmen waren bezüglich der Persönlichkeit und Herkunft des Mädchens von Anfang an auf eine doppelte Annahme eingestellt: nach Typus, Sprache usw. Fremdländerin, oder aber Hypochopathin. Die Polizeidirektion glaubt, daß auch vom Standpunkt der nachträglichen Betrachtung ist Plan, das Mädchen still beobachten zu lassen, nachdem das erlenkungsdienstliche Ermittlungsverfahren zunächst ergebnislos geblieben ist, gerechtfertigt war. Sie hat aus diesem Grunde auch ihrerseits davon abgesehen, den Fall in die breite Öffentlichkeit zu bringen.

Unterzosenbach, 15. Jan. Ueber den derzeitigen Stand der Frage der Errichtung eines Kriegerehrentmals erfahren wir: Das auch am hiesigen Plage ein Denkmal für die für ihr Vaterland gefallenen Helben erstellt werden soll, darüber ist man sich in allen Kreisen einig. Auch bezüglich der Platzfrage besteht keine nennenswerte Meinungsverschiedenheit. Die zu den vorbereitenden Arbeiten gewählte Kommission des Gemeinderats hatte mit dem Bildhauer Golderer aus Neuhausen, Amt Forstheim, eine Vereinbarung getroffen, nach der dieser das Denkmal auf dem zuvor von der Gemeinde hergerichteten Platz um den festen Preis von 10 000.— aufstellen soll. Der Gesamtgemeinderat, dem das Projekt zur Einsichtnahme vorgelegt wurde, hat in seiner Mehrheit jedoch dagegen Stellung genommen, weil der auf dem Denkmal als würdiger Abschluß angebrachte Stahlschirm ein Symbol des Krieges darstelle, und dieser damit verherrlicht würde. Seither haben keinerlei Verhandlungen mehr stattgefunden, und so ist die ganze Frage auf dem toten Punkt angelangt.

(S. 2.) Stuttgart, 14. Jan. Zu den M. Bauzweigen bei der Befreiung eines Arbeiterzuges nach Feuerbach auf dem hiesigen Bahnhof wird von zuständiger Seite erklärt, daß nur in den vorderen Wagen eine Ueberfüllung vorlag, während in den am Schluß laufenden Wagen noch 180 freie Sitzplätze gezählt wurden. Den Anlaß zu den Vorfällen gab eine kauftüchtige Frau, die beim Aussteigen vorgeschoben werden sollte. Die Reisenden, offenbar im Glauben, sie werde mißhandelt, griffen die Schaffner an. Steine und Flaschen flogen in dem Handgemenge. Drei Mann des Eisenbahnpersonals wurden verletzt. Nun kamen den acht Mann des Zugpersonals etwa zehn weitere zu Hilfe. Auch mehrere Beamte eilten herbei, um zu beruhigen, aber auch sie wurden angegriffen. In dem Handgemenge wurden auch einige Arbeiter durch Schläge mit Gummiknüppeln verletzt, jedoch nicht schwer. Der Mann jener Frau, der mißhandelt wurde, gab seine Frau, die krank sei, den Vorfällen herbeizurufen habe. Tags darauf gelang es den Ordnern aus den Arbeiterkreisen und dem Zugpersonal, den Zug ab Feuerbach ordnungsmäßig zu befreien.

(S. 2.) Ravensburg, 14. Jan. Am Dienstag ist im hiesigen Krankenhaus eine 30jährige Pianistin aus Pasing an Bergschmerzen gestorben. Auf die Auslagen hin, die das Mädchen vor ihrem Tode machte, wurde nun ein hiesiger Ingenieur in Auftrag genommen. Man ist auf den Ausgang der Untersuchung gespannt.

Die Kanzleien d...  
sind wegen Hauptreinigung  
am Montag, 17.  
ge...

Calw, den 13. Jan.

#### Anmeldung des 2...

Haushalte, die ihr  
Jahr durch Vermittlung  
können sich am

#### Montag,

an Rathaus Zimmer 8,  
abgabe melden.

Es wird ausdrücklich  
freihändige Einkauf von  
daß eine Belieferung je  
der verfügbaren Bestän  
Calw, den 14. Jan.



Das Weibrecht an  
zirka 1000 ha (worin  
kommt am Freitag, de  
2 Uhr auf 1 Jahr i  
Rathaus zur Verpachtu  
b. 31. Juli mit 200 E  
mit 300 Stück beschlag  
Unbekannte S. i  
zeugnisse neuesten Datu  
Den 8. Januar 1921

#### Sägmühle Meinen Oberkollwe

brachte ich zu verk

Mein Guthaben  
mährend für das Jah  
tracht kommen. Scri

Andl...

#### Komm... Inw... Aus...

in Manufa  
Ausste  
statt. Meine ge  
nur mit  
bedeutender

#### Adolf We...

Verkaufe dre  
1 Jahr alte hornlo

eine 3 Meter lange  
Transmission mi  
Brennkessel, ein  
ein Rübennühle-

90/25 cm, ein ei  
Damen-Fahrrad  
teil 30 — 35 Mir.

Sak

**Bekanntmachung.**

**Die Kanzleien des Stadtschultheißenamts**  
sind wegen Hauptreinigung  
**am Montag, 17. Januar 1921 nachmittags**  
**geschlossen.**

Calw, den 13. Januar 1921.

Stadtschultheiß: G ö h n e r.

**Anmeldung des Brennholzbedarfs für 1921**

Haushalte, die ihren Brennholzbedarf im laufenden Jahr durch Vermittlung der Stadtverwaltung beziehen wollen, können sich am

**Montag, den 17. Januar 1921**

im Rathaus Zimmer 8, in der Reihenfolge der Brotkartenabgabe melden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch der freihändige Einkauf von Brennholz wieder möglich ist und daß eine Belieferung seitens der Stadt nur nach Maßgabe der verfügbaren Bestände erfolgen kann.

Calw, den 14. Januar 1921.

Stadtpflege: F r e n.

**Gehingen.**

**Schafweide-Verpachtung.**  
Das Weiderecht auf der hiesigen Feldmarkung m<sup>2</sup> circa 1000 ha (worum r. circa 50 ha Gemeinweiden) kommt am Freitag, den 21. Januar 1921, Nachmittags 2 Uhr auf 1 Jahr oder längere Zeit auf dem hiesigen Rathaus zur Verpachtung. Die Weide darf vom 1. Jan. bis 31. Juli mit 200 Stück, vom 1. August bis 31. Dez. mit 300 Stück beschlagen werden.

Unbekannte Eigentümer haben sich durch Vermögenszeugnisse neuesten Datums auszuweisen.  
Den 8. Januar 1921.  
Gemeinderat: Vors.: S c h m i d t.

**Sägmühleanteil - Verkauf.**

Meinen Anteil an der Oberkollwanger Sägmühle beabsichtige ich zu verkaufen.

Mein Guthaben an Holzschnitt beträgt 80 Festm. während für das Jahr 1921 — 50 Festmeter in Betracht kommen. Schriftl. Angeboten sieht entgegen.  
Andler, z. Hirsch, Bad Teinach.

**Kommende Woche**  
findet mein  
**Inventur-Ausverkauf**  
in Manufaktur-Waren und Aussteuerartikeln  
statt. Meine geschätzte Kundschaft wird nur mit erstklassiger Ware bei bedeutender Preisermäßigung bedient.  
**Adolf Beyerle**  
Weilderstadt.

Verkaufe drei schöne, trüchtige  $\frac{3}{4}$ - und 1 Jahr alte hornlose **Ziegen**; eine 3 Meter lange **Transmission mit Lager**, einen großen **Brennkessel**, ein schönes **Pferdekummet**, ein **Rübenmühle-Rad**, eine **Riemenscheibe 90/25 cm**, ein eisern. **Fenster-Gitter**, ein **Damen-Fahrrad m. Bereifung**, ein **Drahtseil 30 — 35 Mtr. lang mit Rad u. Lager**  
Jakob Bechtold, Holzbronn.

**Amtsgericht Calw.**

Im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen wurde heute neu eingetragen: die Firma Seyfried und Luz in Teinachtal Gde. Emberg. Offene Handelsgesellschaft seit 3. Dezember 1920. Gesellschafter: Friedrich Seyfried, Karl Luz, beide Sägewerksbesitzer in Teinachtal, Gde. Emberg. Sägewerk und Holzhandlung. Jeder Gesellschafter ist zur Vertretung berechtigt.  
Den 12. Januar 1921.  
Amtsrichter Dr. Otto.

Auf Anordnung des Landesfinanzamts Abt. für Besitz- und Verkehrssteuern sind die

**Dienststunden der Finanzkasse**  
für den Personenverkehr (Schalterstunden auf vormittags 8 — 12 nachmittags 2 — 4 u. an den Samstagen auf 8 — 12 Uhr vorm. festgesetzt.

Hiesau, den 13. Januar 1921.  
Finanzamt: Voelter.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine tüchtige **Finirerin** bei guter Bezahlung.  
Moeller & Haug, Metallwaren-Fabrik, Nagold.

**Nagold Vieh-Verkauf.**

Kommenden Montag, von morgens 8 Uhr ab, haben wir wieder im „Schwarzen Adler“ in Nagold einen großen Transport

**Kälberkühe**

schöner **Milchkühe** sowie sehr schöner, hochträchtiger **starker**

**Kalbinnen (Selbscheck),**

zum Verkauf stehen. Das Vieh stand unter Beobachtung und wurde **seuchenfrei** befunden. Käuferhhaber hiezu laden ein

**Rahn & Lassar** aus Baisingen.

**Sie müssen** sich das Calwer Tagblatt halten, dann sind Sie stets **rasch und zuverlässig** über sämtliche wissenswerte Vorkommnisse auf das beste unterrichtet!

**Prima Schweine- und Geflügelfutter** neu eingetroffen.  
Otto Jung.  
Stammheim.

Eine schwere **Rug- und Schaff-Kuh** (Alquänerschlag) fest d. Verkauf aus  
Gottlob Schneider, b. Löwen.

Habe wegen Entbehrlichkeit von meinem Viehbestand **2 Stk. Vieh** zum Verkauf stehen.  
Bin zu Hause Mittags von 11 — 1 Uhr.  
Robert Schanz, Calmbach, b. Bahnhof.

**Kaufmanns-Lehrling** gesucht. Schulzeugnis und selbstgeschriebener Lebenslauf sind einzulenden an  
Köhler & Pfäum, Weiß der Stadt.

**Suche** für meine Tochter zum **Kochenlernen** während der Sommermonate **Aufnahme** in nur gutem Hause oder Pension.  
Angebote unter G. St. 11 an die Geschäftsst. ds. B.

**1,2 Enten** (1920) sind zu verkaufen  
Leberstr. 96.

**Soz.-Dem.-Verein Calw.**

Morgen Sonntag mittags 3 Uhr bei Wäcker Kirchherr Vorstadt

**Mitglieder-Versammlung**

Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

**2 große eichene Waschzuber**

mit Handgriffen, hat zu verkaufen.

Frau Luz, bei Mäjel an der Brücke.

Ein zuverlässiger **Pferdeknecht** mit guten Zeugnissen, sow. ein **Viehfüllerer**

ber auch melken kann, zu baldigem Eintritt gesucht.

Gebr. Emendörfer, z. Döhlen, Liebenzell. Ebenfallselbst ältere

**Kuh**

zu verkaufen.

Alzenberg.

Einen schönen, starken **Rehpincher**, sehr wachsam, sowie 2 schöne **Zuchthahnen**, gelbe Drington, verkauft

Fr. Pöcher.

**Liebenzell.** Wegen Verzug zu verkaufen: Ein schönes



**Piano,** elegant, wenig gebraucht, Friedensware, Fabr. Pfeiffer, und ein guterhaltenes

**Plüsch-Sofa.** Privatter Sattler.

**Drucksachen** liefert rasch u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

**Teinach-Lautenbachhof,**  
14. Januar 1921  
**Traueranzeige.**  
  
„Freunden und Bekannten gebe ich die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, treu-  
bejorgter Gatte  
**Karl Girsch**  
Verwalter des Lautenbachhofs,  
nach langer, schwerer Krankheit im Alter von  
60 Jahren verschieden ist.  
In tiefem Leid:  
die Gattin: **Luisa Girsch** geb. Forstner.  
Die Beerdigung findet Montag Nachmittags  
3 Uhr in Bisingen a. C. statt.

**Kitzbüchl, den 13. Januar 1921.**  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters u. Großvaters **† Gg. Friedrich Kometsch** erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Hrn. Schultheißen, den ehrenvollen Nachruf des Hrn. Schultheißen Maist und Gemeindevater Blaid, Herrn Hauptlehrer Eberpacher für den erhebenden Gesang mit seinen Schülern, den Hrn. Ehrenträgern, den Kranzpendern, sowie allen, die ihm während seiner Krankheit Liebe erwiesen haben, sei herzlich Dank gesagt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Wagen- und Schlitten-Verkauf.**  
Einen bereits neuen **Biktoriawagen** mit Patent-Achsen,  
**1 Messer- oder Milchwagen,**  
**1 Zweirad (Gigg)** sehr leicht, 1 neuen  
**Spazierschlitten**  
verkauft  
Georg Arzig, Bad Teinach.

**Inventur-Verkauf**  
von nächster Woche bis 2. Februar einschließlich.  
Günstige Kaufgelegenheit zu bedeutend ermäßigten Preisen für  
**Herren-Anzüge, Damen-Jackenküder und Damen-Mäntel**  
**Anzugstoffe und Hosenzeuge**  
**Frauen-Kleiderstoffe**  
**Hemden- u. Unterrockflanelle**  
**Schurz- und Kleiderzeuge**  
**Handtuchstoffe und weiße Baumwolltücher.**  
**Friedrich Daur, Calw.**

Zur Erinnerung  
an die Gründung des Deutschen Reiches  
vor 50 Jahren

findet  
am Dienstag, 18. Januar 1921, in Calw im Bad. Hof, abends 1/8 Uhr eine

# Gedenk-Feier

statt. Die Festrede hat in dankenswerter Weise Herr Prälat D. Schöll aus Stuttgart übernommen.

Hierzu laden wir alle vaterländisch gesinnten Männer und Frauen von Calw und Umgegend ganz ergebenst ein. Weitere Einladungen werden von uns nicht ergehen.

### Der Festausschuß

Volkschulrektor Beutel, Stadtschultheiß Göhner, Oberamtmann Gös, Rektor Dr. Knodel, Stadtpfarrer Leikus, Dekan Sellar.

Eintritt frei.

Bierauschank vorgesehen.

Eintritt frei.

**Zeichnungen**  
auf die mindelsicheren  
**4 1/2 % Obligationen der Bayer. Grosswasserkraftwerke**  
zu 98 %  
nimmt bis 4. Februar entgegen

**Spar- und Vorschussbank Calw**

Wir bieten ferner zum Verkauf an:  
**Hypothekbankpfandbriefe,**  
**4 1/2 % Industrie-Obligationen**  
und halten uns für den An- und Verkauf sämtlicher Wertpapiere zu kulantem Bedingungen, bei fachmänn. Beratung, bestens empfohlen.

**Herzliche Einladung.**  
Im Missionshaus zu Liebenzell  
wird, so Gott will,  
**Evangel. Götter aus St. Georgen**  
von Dienstag, den 11. Januar,  
bis einschl. Dienstag, den 18. Januar,  
täglich abends 8 Uhr  
**Evangelisations-  
Vorträge**  
halten.  
Eintritt frei für Jedermann.  
Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr

**Ziegelei Calw.**  
Frisch gebrannter  
**Kalk**  
ist zu haben bei  
G. Eitel.

Schönes, kleines  
**Harmonium**  
sofort billig zu verkaufen,  
ebenso ein  
**Grammophon**  
mit Tisch und 32 doppelten  
Platten.  
Hirsau,  
Liebenzellerstraße 145 a.

Gesucht wird aufs Land  
für sofort oder auf 1. März  
ein ehrliches, fleißiges  
**Mädchen**  
nicht unter 18 Jahren.  
Von wem sagt die Ge-  
schäftsstelle des Blattes und  
das Arbeitsamt.

**Magd-Gesuch.**  
Rechtshaffenes, zuverlässig.  
**Mädchen**  
zur Beforgung einiger Küche,  
sowie für Küche und Garten  
auf Februar oder anfangs  
März bei hohem Lohn ge-  
sucht. Außerdem für An-  
fang oder Mitte März ein  
**Küchenmädchen.**  
Angebote an  
**Andler zum „Hirsch“**  
Bad Teinach.

Jüngeres  
**Mädchen**  
oder Frau  
für Hilfe in kleiner Haus-  
haltung gesucht.  
Blochhaus, Teuchelweg.

Suche einen  
**Pferdetreter,**  
der auch Langholzfahren  
kann, auf sofort.  
Joh. Gengenbach,  
Mühle,  
Dillweissenstein.

Schön gezeichnet  
**Fogterrier**  
(Hüde) 1/2 Jahr alt, sehr  
umständehalber dem Ver-  
kauf aus.  
Ewald Bock, Hirsau.

**Voranzeige.**  
Am Dienstag, den 18. Januar beginnt der große  
**Inventur-Verkauf**  
in  
**Manufakturwaren**  
wo Jedermann Gelegenheit hat, seinen Bedarf zu  
äußerst billigen Preisen zu decken  
**Paul Röchle, vormals J. Stendle, Calw a. Markt.**

**Turnverein Calw**  
Zu dem  
**Familien-Abend**  
am Samstag, den 15. ds. Mts.,  
laden wir unsere sämtlichen Mitglieder mit ihren  
Angehörigen freundlichst ein.  
Beginn abends 6 1/2 Uhr mit turnerischen Auf-  
führungen, Theater und Tanz.  
Der Ausschuß.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**  
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr  
das große Filmspiel  
**SATANAS**  
in 3 Teilen — 6 Akte  
mit Beiprogramm:  
**An der Küste Istriens.**  
Personen unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

**Die Creditbank f. Landwirtschaft u. Gewerbe in Calw**  
e. G. m. b. H.  
nimmt Zeichnungen auf die  
**4 1/2 % mindelsich. Schuldverschreibungen**  
der Bayer. Großwasserkraftwerke  
zum Kurs von 98 %  
entgegen.  
Die Anleihe ist sichergestellt durch den jetzigen und  
zukünftigen Besitz der Walschenseewerk A.G. und Mit-  
gliedere der A.G. und durch die Bürgschaft des Staates  
Bayern und kann als gute Kapitalanlage empfohlen  
werden.

**Stuhlsitze**  
zum Neueinlechten, mit hellem  
prima Rohr, werden wieder angenommen  
**Reparaturen**  
sämtlicher Korbwaren und Korbmöbel.  
Auch werden wieder ältere  
**Kinderwagen**  
hergerichtet bei  
**WILHELM FRANK,**  
Spezialgeschäft für Korbwaren,  
Kinderwagen und Korbmöbel,  
Calw beim Rathaus.

**Konfirmanden-  
Anzüge**  
in schöner und guter Qualität  
empfiehlt zu billigsten Preisen  
**Friedrich Weigel, Kleidergeschäft**  
Calw Badstraße.

**Bieh-Verkauf.**  
Ein großer Transport  
trägt. Kalbinnen  
und Jung-Rinder  
ist bei mir eingetroffen, wozu Liebhaber  
einladet  
**Viktor Neckarsulmer,**  
Pforzheim-Brödingen,  
Westliche 368.

**Nr. 12.**  
Ergebnisse der  
Wahlen 2. — 21. — 21

**Die Neubildung**  
Paris, 15. Jan. 12  
gibt, hat Kammerpräsident  
ins Gehör begeben und  
er die Bildung des Minist  
Paris, 16. Jan. U  
dem Präsidenten der Re  
Dieses legt sich folgen  
und Minister des Aeuße  
Minister des Innern:  
Marineminister: Guiz  
Minister für die befreit  
Sarraut; Minister für  
Minister für Pensionen: A  
Ackerbauminister: Lefel  
redu; Minister für Wiß  
begab sich darauf ins  
wo ein Ministerrat in  
heute abend um 9 Uhr  
Präsidenten der Republik  
die Zusammensetzung d  
früh im Amtsblatt. I  
tausch statt, der morgen  
die für 9 Uhr angefeht  
Ministerrat werden die  
**Eine englische Sti**  
London, 16. Jan. G  
zur französischen Reichs,  
wennan, Millerand un  
tischen Parteien beinabe  
schlimmsten Fehde der  
Frankreich vergessen, das  
wirkliche Tatsachen verpf  
land politisch zu Boden  
Bastung einer Entschädig  
Deutschland geleistet wer  
nach geopfert werden. G  
bung der französischen P  
Dies spielt als Pfandobj  
eine Rolle. Wenn Frank  
wirtschaftliche Hindernis  
dann im Stande sein, B  
tritt aus dem Reiche frei  
den, und Frankreich wird  
die Befegung des Aufbr  
regeln, dessen Bau nur  
Mittelstück des Gewölbes  
ilemtlich einflußloser links

**Am De**  
Wien, 16. Jan. An  
andere hervorragenden  
eine Flugchrift verteilt  
die einzige Rettung vor  
Protectorat Amerikas  
ter der Leitung Amerika  
gung mit Deutschland  
Oesterreich dann einen g  
Sie ist unterzeichnet vo  
in Wien. — Das ist no  
**Eine C**  
Bern, 15. Jan. In  
Baseler Nachricht  
Paris: Frankreich ist e  
einen Bundesgenossen zu  
angarischen Staatswesen  
deute aber nicht nur die  
von Mitteleuropa, sondern  
neugebiets. Auch die  
wenn die Handhabe, die  
Deutschlands bietet, recht  
Ginicht schon recht viel  
entsprechend. Alle Hoffu  
ind durch die able Laun  
schische Ministerkrise wied  
ganz Europa, ja die ganz  
**Eine offiziöse eng**  
ver  
London, 16. Jan.  
maßgebende englische R